

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	7
Einleitung.....	17
§ 1 Anwendbarkeit des § 11 WpÜG	19
A. Anwendungsbereich des WpÜG	19
I. Öffentliches Angebot.....	19
II. Kontrollerwerb.....	20
III. Angebotsarten	22
1. Einfaches Erwerbsangebot	22
2. Übernahmeangebot	23
3. Pflichtangebot	23
4. Gleichstellung von Übernahme- und Pflichtangeboten.....	24
B. Keine Absichten	25
I. Pflicht zur Abgabe einer Negativerklärung	25
II. Ausgestaltung der Negativerklärung	26
1. Meinungsstand	26
2. Stellungnahme.....	27
C. Keine Einflussmöglichkeit	28
I. Angebote unterhalb der Kontrollschwelle	29
1. Allgemeines	29
2. Einflussmöglichkeit	30
a) Kontrollschwelle des § 29 Abs. 2 WpÜG	30
b) Einfluss bei Beteiligungen unterhalb der Kontroll- schwelle	31
aa) Keine feste Prozentgrenze	31
bb) Tatsächliche Einflussmöglichkeit.....	33
cc) Feststellung der tatsächlichen Einflussmöglichkeit	35
c) Zwischenergebnis	36
3. Einfluss eines anderen Großaktionärs	37
4. Angaben zum eigenen Unternehmen	38
5. Zwischenergebnis	39

II. Besonderheiten bei der KGaA	39
1. Konstitution der KGaA	40
2. Auswirkungen auf den Kontrollbegriff des § 29 Abs. 2 WpÜG.....	40
3. Auswirkungen auf Angebote unterhalb der Kontroll- schwelle mit Einflussmöglichkeit	41
4. Zwischenergebnis	42
D. Nichteinflussmöglichkeit trotz Kontrollmehrheit.....	43
I. Regelfälle nach dem WpÜG.....	43
1. Pflichtangebote	43
2. Übernahmeangebote	44
II. Atypische Fälle.....	44
1. Problemendarstellung	44
2. Einordnung der Angabepflicht in den geschilderten Fällen.....	46
a) Fall 3.....	46
b) Fälle 1 und 2.....	46
III. Umfang der Angabepflicht	48
E. Eigenes Unternehmen.....	49
I. Einführung der Pflicht durch das Übernahmerichtlinie- Umsetzungsgesetz	49
II. Vorüberlegungen	50
III. Voraussetzungen des Betroffenseins	50
1. Zweck der Angabepflicht bzgl. des eigenen Unternehmens	51
a) Übernahmerichtlinie	51
b) Übernahmerichtlinie-Umsetzungsgesetz	52
2. Aus dem Zweck folgende Voraussetzung für die Angabepflicht.....	53
IV. Zwischenergebnis	54
F. Der Erwerb eigener Aktien.....	55
I. Bisheriger Meinungsstand	55
II. Stellungnahme	56
III. Keine Klärung durch den Gesetzgeber	57
IV. Zwischenergebnis	58
G. Angabepflicht bei einer Weiterveräußerungsabsicht.....	58
I. Vorüberlegungen	58
II. Umgehung der übernahmerechtlichen Vorschriften?	59
III. Keine Umgehungsgefahr bei einem Pflichtangebot.....	60
IV. Umgehungsgefahr in den übrigen Fällen.....	60
1. Keine Einflussmöglichkeit.....	60
2. Bei Bestehen einer Einflussmöglichkeit	61

V. Möglichkeiten zur Verhinderung von Strohmanngeschäften	61
1. Keine Pflicht zur Angabe von Absichten	62
2. Angabe der Weiterveräußerungsabsicht.....	63
3. Offenlegung des Erwerbers.....	64
VI. Zwischenergebnis	66
§ 2 Inhalt der Angebotsunterlage	67
A. Allgemeines zum Inhalt der Angebotsunterlage.....	67
B. „Absichten ..., einschließlich der insoweit vorgesehenen Maßnahmen“	68
I. „Künftige Geschäftstätigkeit“	68
II. Absichten einschließlich der insoweit vorgesehenen Maßnahmen im Hinblick auf die Zielgesellschaft.....	70
1. Orientierung an den Regelungen des UmwG.....	70
a) Gesetzgebungsverfahren und Zweck	70
b) Umwandlungsrechtliche Auslegung	71
c) Keine Übernahme der umwandlungsrechtlichen Auslegung.....	73
2. Auslegung nach Sinn und Zweck der Vorschrift	73
a) Normtext.....	74
b) Ziele des § 11 WpÜG nach der Regierungsbegründung	74
c) Ziele des WpÜG nach der Regierungsbegründung	74
d) Ansichten und Auslegung in der Literatur.....	75
e) Stellungnahme	77
f) Daraus folgender Sinn und Zweck der Vorschrift	79
aa) Funktionen der Angebotsunterlage.....	80
bb) Interessenunterschied zwischen Arbeitnehmern und Aktionären	82
cc) Folgen aus dem Interessenunterschied	83
dd) Weitere Gründe für die Auslegung i. S. d. Arbeitnehmer	84
3. Historische Auslegung	85
a) Europäische Regelungen	85
b) Nationale Regelungen	87
c) Arbeitnehmerschützende Regelungen im Entstehungsverlauf des WpÜG	91
4. Richtlinienkonforme Auslegung	93
a) Erwägungsgründe der Übernahmerichtlinie	93
b) Inhalt der Übernahmerichtlinie.....	93

c)	Auswirkungen auf die Auslegung des § 11 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 WpÜG.	94
5.	Systematik.....	96
a)	Regelung in einem „fremden“ Gesetz	96
aa)	Meinungsstand.....	96
bb)	Stellungnahme	96
b)	Andere Vorhaben des Gesetzgebers	98
aa)	Schaffung von Transparenz durch das Risiko- begrenzungsgesetz.....	98
bb)	Folgen für die Auslegung des § 11 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 WpÜG	100
6.	Verfassungsrechtliche Überlegungen.....	101
a)	Vorüberlegungen	101
b)	Unterrichtungspflichten in anderen Gesetzen.....	102
c)	Allgemeine Unternehmerfreiheit und Eigentumsfreiheit.....	102
d)	Verletzung der allgemeinen Unternehmerfreiheit durch die Informationspflichten nach dem WpÜG?.....	103
e)	Zwischenergebnis	106
7.	Unterschiedliche Auslegung bei Bar- und Tausch- angeboten	106
a)	Interessenlage bei einem Barangebot	106
b)	Interessenlage bei einem Tauschangebot.....	106
c)	Meinungsstand in der Literatur.....	107
d)	Stellungnahme	108
e)	Zwischenergebnis	109
8.	Sind rechtliche Folgen auch anzugeben?	109
a)	Meinungsstand.....	110
b)	Stellungnahme	110
c)	Unmittelbare Folgen eines erfolgreichen Angebots	111
d)	Mittelbare Folgen eines erfolgreichen Angebots.....	112
e)	Ausschluss durch die Stellungnahmepflicht nach § 27 Abs. 1 Satz 1 WpÜG?	114
f)	Zwischenergebnis	115
9.	„... einschließlich der insoweit vorgesehenen Maß- nahmen“	115
a)	Bezüglich aller Merkmale des § 11 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 WpÜG?.....	115
b)	Konkretisierung der Ansichten in der Literatur zum Inhalt der „insoweit vorgesehenen Maßnahmen“	117
c)	Bewertung der Ansätze.....	118

d) Genauer Umfang?	120
e) Zwischenergebnis	121
10. Angabepflicht bzgl. der Tochtergesellschaften der Zielgesellschaft	121
a) Lösung über den mittelbaren Kontrollerberwerb?	121
b) Sonstige Fälle	122
c) Meinungsstand	123
d) Stellungnahme	124
e) Zwischenergebnis	127
III. Absichten einschließlich der insoweit vorgesehenen Maßnahmen im Hinblick auf das eigene Unternehmen des Bieters	127
1. Übernahmerrichtlinie	128
2. Umsetzung in nationales Recht und Begründung	128
3. Auslegung	129
4. Kein verfassungsrechtliches Gebot einer engen Auslegung	130
5. Rechtliche Folgen	131
6. „... einschließlich der insoweit vorgesehenen Maßnahmen“	132
7. Tochtergesellschaften des eigenen Unternehmens des Bieters	132
8. Zwischenergebnis	132
IV. Richtigkeit und Vollständigkeit der Angebotsunterlage (§ 11 Abs. 1 Satz 3 WpÜG)	133
1. Zeitpunkt	133
a) Ausgangssituation	133
b) Berichtigung und Aktualisierung der Angebotsunterlage	133
2. Konkretisierungsgrad der Absichten	135
a) Prognosecharakter der Absichten	135
b) Grundlage der Richtigkeit und Vollständigkeit	137
c) Konkrete Absichten	139
d) Eigenes Unternehmen	141
3. Bindungswirkung der Absichtsangaben	141
4. Zwischenergebnis	142
V. Welche Absichten müssen angegeben werden?	143
1. Allgemeines	143
a) Wesentlichkeit der Absichten	143
b) Die Arbeitnehmer betreffenden Maßnahmen	144
c) Trennungstheorie	145
d) Positive Auswirkungen	146

2. Arbeitnehmer	146
3. Vertretungen der Arbeitnehmer	146
4. Wesentliche Änderungen der Beschäftigungsbedingungen	147
C. „Arbeitnehmer“	147
I. Arbeitnehmerbegriff allgemein	147
II. Nicht erfasste Personen	148
III. Leitende Angestellte	149
D. Vertretungen der Arbeitnehmer	150
I. Beschränkung auf betriebsverfassungsrechtliche Vertretungen?	150
II. Mitbestimmte Aufsichtsräte	152
III. Andere Vertretungen	153
E. „Wesentliche Änderungen der Beschäftigungsbedingungen“	154
I. Keine allgemeingültige Definition	154
II. Einfluss auf die Beschäftigungsbedingungen	155
III. Wesentlichkeit der Änderungen	155
F. Beispielhafte Untersuchung bestimmter Vorhaben	156
I. Übergeordnete Absichten	157
II. Spezielle Maßnahmen	157
1. Arbeitnehmer	158
a) Absichten	158
b) Rechtliche Folgen	158
2. Vertretungen der Arbeitnehmer	158
a) Absichten	158
b) Rechtliche Folgen	159
3. Wesentliche Änderungen der Beschäftigungsbedingungen	159
a) Absichten	159
b) Rechtliche Folgen	160
G. Beispiel einer Unterlage	160
I. Angaben des Bieters, der einen umfassenden Einblick in die Zielgesellschaft und ihre Tochterunternehmen auf Grund bereits bestehender Beteiligungen oder auf Grund einer umfänglichen Due Diligence erhalten konnte und dabei große Umstrukturierungen plant.	161
II. Angaben des Bieters, der keinen näheren Einblick in die Zielgesellschaft und ihre Tochtergesellschaften hatte, aber nach den allgemein bekannten Informationen gewisse Umstrukturierungen generell umsetzen will.	164

§ 3 Folgen fehlerhafter oder unterlassener Angaben.....	167
A. Allgemeines.....	167
B. Aufsichtsrechtliche und verwaltungsrechtliche Folgen.....	168
I. Möglichkeiten der BaFin	168
1. Fristverlängerung	168
2. Untersagung des Angebots.....	168
II. Möglichkeiten des Bieters	170
III. Möglichkeiten Dritter	170
1. Notwendigkeit eines Drittschutzes.....	171
2. Drittschutz von § 11 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 WpÜG	171
a) Einschränkung der Ansicht	171
b) Den Drittschutz bejahende Ansicht	173
c) Stellungnahme	174
aa) Zum Willen des Gesetzgebers	174
bb) Vorgaben der Übernahmerichtlinie	175
cc) Zu § 4 Abs. 2 WpÜG.....	176
d) Zwischenergebnis.....	176
3. Verletzung von Rechten der Arbeitnehmer.....	176
a) Unterrichtsrechte der Arbeitnehmer	177
b) Sonstige Rechte der Arbeitnehmer	178
4. Sonstige Möglichkeiten der Arbeitnehmer	178
C. Straf- und bußgeldrechtliche Folgen	179
I. Bußgeldrechtliche Folgen.....	179
II. Strafrechtliche Folgen.....	179
1. Kapitalanlagebetrug (§ 264a StGB).....	179
2. Strafbarkeit wegen einer verbotenen Kurs- und Marktpreismanipulation (§ 38 Abs. 2 2. Variante WpHG i. V. m. § 39 Abs. 2 Nr. 11 WpHG i. V. m. § 20a WpHG).....	179
D. Zivilrechtliche Folgen	180
I. Haftung nach § 12 WpÜG	180
II. Haftung nach §§ 823 Abs. 2 BGB i. V. m. 11 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 WpÜG.	181
E. Weitere Möglichkeiten der Arbeitnehmer.....	181
§ 4 Zusammenfassung.....	183
Literaturverzeichnis	187